

Auf dem Gelände des ehemaligen Großkraftwerks Franken II entstand ein neues Gewerbe- und Industriegebiet

500 neue Jobs in Erlangen

Sieben Jahre sind es her, seit die Sprengung des 202 Meter hohen Kamins – von der nahen Autobahn lange Jahre als Wahrzeichen Erlangens ausgemacht – das Ende des Großkraftwerks Franken II besiegelt hat. Dieses stand für 240 Arbeitsplätze und rund zehn Millionen Euro Gewerbesteuer pro Jahr. Der durch die freigewordene Fläche realisierte Gewerbe- und Industriepark Fraunaurach hat inzwischen Formen angenommen: Zwei Firmen sind dort eingezogen, die dritte sieht ihr Grundstück „in Entwicklung“ und die Stadtwerke nutzen Teile des verbliebenen Heizkraftwerks. Oberbürgermeister Siegfried Balles rechnet am Ende mit bis zu 750 Arbeitsplätzen.

Damals, als die 240 Mitarbeiter des Energiekonzerns Eon zu Tochterunternehmen wechselten oder Abfindungen erhielten, hatte die Stadt kurz erwogen, das Gelände selbst zu kaufen, doch vertraute man dann doch auf das – so Wirtschaftsreferent Konrad Beugel – „hervorragende Netzwerk“ des Energieunternehmens. Die Kooperation hat sich letztlich gelohnt, die Verwertung des Geländes ist inzwischen abgeschlossen, auch wenn anfangs das Forchheimer Wellpappenunternehmen Palm das gesamte, 17,3 Hektar große Gelände übernehmen wollte. Die Pläne zerschlugen sich im Februar 2007, weil Palm in einem Nachbargrundstück in Forchheim fündig wurde – und sich aus Erlangen wieder zurückzog.

So blieb es der 1985 gegründeten Software-Schmiede Tribar aus dem nahen Röttenbach vorbehalten, als erster Ansiedler schon 2002 über eine befristete Baugenehmigung das einstige Pflörtnergebäude im Eingangsbereich zu beziehen. Heute sind dort etwa 60 Mitarbeiter auf 600 qm Nutzfläche damit beschäftigt, Kunden von Adidas bis WestLB mit IT-Lösungen zu bedienen. Es dauerte dann



Eine riesige Brachfläche von knapp 15 Hektar (rechts) wartet auf dem ehemaligen Gelände des Großkraftwerks Franken II in Erlangen noch auf die Bebauung durch das Logistik-Unternehmen Geis. Die ehemaligen Werkstatgebäude (links) sind dagegen von dem Laser-Spezialisten Erlas bezogen. Eine Stichstraße erschließt bisher das Gesamtgelände.

bis April 2008, ehe die nächste Firma Einzug hielt: die seit 1998 bestehende Erlas Lasertechnik. Sie siedelte von der benachbarten Schallerhofer Straße um und belegte mit rund 100 Mitarbeitern die stehengebliebenen einstigen Werkstatgebäude.

Geis-Gruppe will ein Logistikzentrum aufbauen

Die Restfläche von 14,8 Hektar hat sich inzwischen das Speditionunternehmen Geis gesichert. Es will dort ein Dienstleistungs- und Logistikzentrum errichten. Johannes Söllner, Geschäftsführer Logistic Services der Geis-Gruppe, die 3650 Mitarbeiter an 84 Standorten zählt, sieht die Ansiedlung allerdings erst „in Ar-

beit“. „Es gibt noch viele Unwägbarkeiten.“ So steht ein Termin für den Beginn der Bauarbeiten noch lange nicht fest – was wohl auch daran liegt, dass Geis erst im Januar 2008 in Forchheim mit 15 Millionen Euro Investitionssumme ein vergleichbares Zentrum auf 41 000 Quadratmetern eingeweiht hat. Für Konrad Beugel lässt das mit „die Geschwindigkeit des Fortschritts zu wünschen übrig“. Da das Geis-Gelände weiter brachliegt, ist der große Durchbruch bislang ausgeblieben – und der Wirtschaftsreferent bleibt etwas „frustriert“ zurück.

Die neuen Nutzer werden – so die derzeitige Perspektive – nach dem Endausbau für ein tägliches Verkehrsaufkommen von voraussichtlich 700 Lkw und 1400 Pkw sorgen. Es soll über die Kraftwerksstraße auf den Herzogenau-

ercher Damm geleitet werden. Um dies zu verkräften, sind Straßenanpassungsmaßnahmen vorgesehen bzw. schon durchgeführt. Zusätzliche Beschilderungen an der Autobahnausfahrt werden Fehlfahrten vermeiden helfen. Eine kleine Seenlandschaft sorgt für ökologischen Ausgleich. Die 12 Hektar gehören noch der Eon und werden später von der Stadt übernommen.

Die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe insgesamt geht in Erlangen eher schleppend voran. Dies liegt vor allem – wie Konrad Beugel beklagt – an wenig verfügbaren Flächen. So sind gerade einmal knapp 15 Hektar auf dem Markt. 2,6 davon gehören der Stadt, im Wesentlichen kleinteilig in der Willi-Grasser-Straße und Neuenweierstraße sowie in Tennenlohe und Eltersdorf. Für den

Ankauf von Gewerbegrundstücken stehen eine Million Euro im aktuellen Haushalt 2009 zur Verfügung. Einige Firmen halten Reserven und bieten deshalb ihre freien Flächen nicht zum Verkauf an. Andere Grundstücke müssen auf Grund des viergleisigen Ausbaus der Bahnstrecke Nürnberg-Ebensfeld als Baustelleneinrichtungsfläche auf absehbare Zeit zurückgehalten werden.

Kleinere mittelständische Firmen angesiedelt

In den letzten vier Jahren haben sich vorwiegend kleinere mittelständische Firmen in Erlangen angesiedelt. So zog der Gebäude-techniker Messner aus Adelsdorf nach Bruck, der Telekommunikationsdienstleister Dastcom von Eckental nach Fraunaurach, der Nürnberger DIOMed-Verlag fusionierte mit dem proCompliance-Verlag zur Thiem Compliance GmbH in Tennenlohe und die Technologie-Firma Sunhill, die den Kauf eines Parktickets mit dem Handy entwickelt, kam aus Bubenreuth ins IGZ nach Tennenlohe. 2007 eröffnete dort ein B&B-Hotel, im November 2008 in Fraunaurach der C+C-Schauper-Großmarkt. Die Invent Umwelt- und Verfahrenstechnik – vorher mit Büro in Tennenlohe und Fertigung in Herzogenaurach – zog im Sommer 2009 nach Eltersdorf, wo inzwischen auch die Hegel Logistik neue Räume bezogen hat.

Bei einem Bestand von einer Million Quadratmetern an Büroflächen werden derzeit etwa mehr als 10 000 zur Vermietung bzw. zum Kauf angeboten. Freie Büroflächen werden vornehmlich von der Siemens AG, dem Kernkraftspezialisten Areva und der Friedrich-Alexander-Universität nachgefragt. > UDO B. GREINER

Aufzugsbranche denkt nicht an Talfahrt

Auch in konjunkturschwachen Zeiten auf Investoren setzen, als internationale Fachmesse für Aufzugssysteme global Präsenz zeigen: Die Interlift steht offenbar auch in Krisenzeiten auf tragfähigen Pfeilern.

Mit mehr als 480 beteiligten Unternehmen aus nunmehr 59 Ländern gilt sie weltweit als Führende der Branche. Auf aktuell 42 000 Quadratmetern Standfläche erweiterten heimische wie internationale Aussteller ihr Angebot. Zudem äußerten sich die Besucher aus mehr als 60 Ländern zu 90 Prozent sehr positiv in ihrem Gesamturteil.

Beindruckt von einer derart tragenden Grundstimmung, der wohl auch eine noch professionellere Konzeption und Gestaltung der Messestände zugrunde liegt, zieht Achim Hütter, Präsident des fachlichen Trägers VFA-Interlift, Bilanz. Ungedachtet der nur leicht gesunkenen Gesamtbesucherzahl auf 18 200, die den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet sein dürfte, verbucht die Interlift mit 45 Prozent Besuchern aus dem Ausland auch weiterhin beachtliche Akzeptanz im internationalen Raum.

Deutsche Unternehmen zeigen sich mit der Resonanz äußerst zufrieden. Liegt doch der Anteil der an Entscheidung beteiligten Besucher mit 77 Prozent auf weiterhin sehr hohem Niveau. „Einfach bombig“, bezeichnete der Geschäftsführer Wolfgang Nothoff des Münchner Aufzugstürenherstellers Meiller sein Ergebnis. Auch bei der Firma Hilti, die ihre breite Palette an Befestigungstechnik präsentiert, „kann von Krise keine Rede sein“.

So zeigt sich, dass ein „Hoch hinaus“ im doppelten Sinne bei einem Zusammenspiel von regionalen Märkten und Globalisierung auch in ökonomisch schwierigen Zeiten gelingen kann. > MECHTILD MADER

Neue Koalition in Berlin plant Mehrwertsteuer für kommunale Eigenbetriebe

Müll und Abwasser bald 20 Prozent teurer?

Wie hatte Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen so schaurig-unbestimmt prophezeit? Man werde sich von so manchem „Liebeswonnem“ verabschieden müssen. Nun – wie hätten die Städte und Gemeinden denken können, dass dieser Kelch an ihnen vorbeigeht, auch sie sollen ihr Scherflein beitragen für das große, hehre Ziel der allgemeinen Steuerentlastung: indem auch kommunale Eigenbetriebe der Müll- und Abwasserentsorgung künftig den üblichen Mehrwertsteuersatz bezahlen. Noch haben die schwarz-gelben Partner zwar nichts verbindlich entschieden, die Wahrscheinlichkeit für diese Gesetzesänderung ist aber groß.

Derzeit entrichten eigene Unternehmen der Kommunen keine Mehrwertsteuer, private Firmen hingegen 19 Prozent. Bund und Ländern, die sich die Mehrwertsteuer teilen, könnte der Plan ersten Berechnungen zufolge jährlich bis zu 4 Milliarden Euro extra in die Kasse spülen. Für den Freistaat Bayern würden dabei schätzungsweise 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Immerhin hat man den weklagenden Gastwirten schon eine Reduzierung ihres Mehrwertsteuersatzes auf sieben Prozent in Aussicht gestellt. Das muss dann auch schnell gegengefinanziert werden.

Man kann die Begünstigung der Kommunalbetriebe durchaus ungerecht nennen – so wie es ungerichtet ist, dass auf Kinderbekleidung der volle Mehrwertsteuersatz gilt, auf Hundenaahrung dagegen nicht. Doch mit Logik kommt man in diesem Feld längst nicht mehr weiter. Das deutsche Mehrwertsteuerrecht ist ein in Jahr-



Die Müllgebühren könnten nun um ein Fünftel steigen.

FOTO DDP

zehnten gewachsener Augiasstall, dem auch punktuelle Säuberungsaktionen nicht wirklich weiterhelfen. Gründlich ausmisten, so müsste die Devise lauten.

Natürlich gab und gibt es gute Gründe, Städte und Gemeinden hier bevorzugt zu behandeln. Die Abwasser- und Abfallentsorgung sind in Deutschland hoheitliche Aufgaben, die zu den Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören. Der Geschäftssinn von kommunalen Eigenbetrieben ist eben nicht der maximale Profit für Privatleute. Gewinne wurden und werden in der Regel reinvestiert. Lediglich kostendeckend müssen diese Eigenbetriebe arbeiten – und das tun sie heute auch in überwiegender Zahl. Vorausgesetzt waren dem freilich Ende der 1990er Jahre aufgrund von vielfachem Missmanagement zum Teil schmerzhaft Umstrukturierungs- und Sparkonzerte.

Enttäuscht vom Verhalten der Koalitionäre zeigt sich der Geschäftsführer des bayerischen Gemeindetages, Jürgen Busse. „Man hat im Vorfeld dieser Pläne nicht einmal Kontakt mit uns aufgenommen“, schimpft Busse und ergänzt: „Damit soll nur den privaten Anbietern durch die Hintertür der Weg auf den Markt geebnet werden.“ Es sei „ziemlich merkwürdig“, wenn man den Bürgern auf der einen Seite Entlastung verspreche, sie aber andererseits zusätzlich belaste. Müll- und Abwasserentsorgung seien hier nur der Anfang, demnächst werde wohl die Trinkwasserversorgung folgen.

Allerdings gibt es momentan noch sehr wenige private Anbieter auf dem Müllentsorgungs- und Abwassersektor. Nach Angaben von Carsten Wagner, Sprecher des Verbandes kommunaler Unternehmen, stellen die städtischen Eigen-

betriebe derzeit „noch mindestens 90 Prozent“ der Anbieter. Im Trinkwassersektor seien fast gar keine privaten Anbieter vorhanden – noch, muss man sagen. Denn in anderen europäischen Ländern ist diese Art der Versorgung schon lange üblich, die Interessenten halten sich bereit. Der Verband kommunaler Unternehmen vertritt deutschlandweit 1350 stadteneigene Firmen in den Bereichen Energie, Wasser und Entsorgung. Mit 220 000 Beschäftigten wurden im Jahr 2008 Umsatzerlöse von 72 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Freilich sind die Kommunen nicht bereit, die nun auf sie zurechnenden Kosten allein zu tragen. Sehr wahrscheinlich werden die Beträge auf den Bürger abgewälzt. „Eine Umsatzsteuerpflicht würde die Bürger unter anderem mit deutlich höheren Müll- und Abwassergebühren belasten“, warnt der Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetages, Stephan Articus. Schätzungen von Wirtschaftsexperten zufolge drohe ein Gebühreanstieg für Abfall und Abwasser von durchschnittlich 12 bis 20 Prozent. Ein weiterer Gefahr: Sollten private in Folge der geänderten Regelung auf den Markt drängen, ändert sich auch die Versorgungssicherheit der Bürger. Private Betriebe können leichter bestreikt werden und sind dem Zugriff der Gemeinde- räte entzogen.

Doppelt gekniffen sind vor allem die strukturschwachen Regionen und ärmeren Städte. Denn das der Mehrwertsteuersatz regional gestaffelt wird, dürfte nicht zu erwarten sein. Hartz-IV-Empfänger aber haben einen Rechtsanspruch darauf, dass die Kommune für sie die Nebenkosten der Unterkunft trägt. > ANDRÉ PAUL

Insolvenzrechts-Ratgeber

Bescheid wissen in der Krise

Es war eine böse Überraschung für die rund 40 Mitarbeiter der Maintaldruck GmbH im Landkreis Kulmbach: Als ihr Arbeitgeber im August 2008 pleite ging, war nicht nur der Job weg, sondern wenige Monate nach dem Konkurs forderte der zuständige Insolvenzverwalter auch noch die letzten drei Monatslöhne zurück. Ein Schock für die Angestellten.

Doch möglicherweise handelte der Insolvenzverwalter zumindest juristisch korrekt. Denn das Insolvenzrecht hat viele Tücken. Allerdings bietet es, wie etwa die erfolgreichen Unternehmensrestrukturierungen beim bayerischen Wohnwagenbauer Knaus Tabbert oder dem Modellisenbahnerhersteller Märklin zeigen, auch eine Vielzahl von Chancen. Unglücklicherweise kennen viele Betroffene diese Möglichkeiten und Risiken nur sehr ungenügend.

Was ist zu tun, wenn man als Unternehmer unmittlbar vor der Pleite steht? Wie nutzt man die Möglichkeiten des Insolvenzrechts am besten und weicht vor dessen Gefahren aus? Fragen, die immer wichtiger werden, wenn man bedenkt, dass die Zahl der Firmenpleiten in diesem Jahr voraussichtlich um 18 Prozent ansteigt und allein bis Juli 50 000 Privatleute Insolvenz anmeldeten. Als betroffener Unternehmer, Mitarbeiter, Privatmann oder Gläubiger ist es wichtig, seine Rechte und Pflichten zu kennen. Schließlich sind nicht bei jeder Pleite erfahrene Verwalter am Werk, die nur das Beste für die Betroffenen wollen. Im „Rechtsratgeber Insolvenz“ von Elke Lill bekommen Gläubiger und Schuldner Antworten zu allen entscheidenden Fragen im Hinblick auf das Insolvenzrecht. Außerdem werden versteckte Fallen aufgezeigt. „Man

sollte sich mit dem Thema auseinandersetzen, bevor er zu spät ist“, empfiehlt Lill.

Im handlichen Pocket-Format werden in dem Buch alle wichtigen Aspekte einer Pleite dargestellt. Die Autorin, die als Rechtsanwältin in München arbeitet, vermittelt dem Leser in einer übersichtlichen Darstellung das notwendige Spezialwissen, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. So werden etwa der Ablauf eines Insolvenzverfahrens, die Reduzierung von Risiken der Gläubiger und Schuldner sowie allgemeine strafrechtliche Risiken mit zahlreichen Graphiken erläutert. Darüber hinaus ist das Buch ein Leitfaden für das richtige Verhalten vor und nach Eintritt der Krise – und zwar sowohl für die Gesellschafter, Rechtsnachfolger und Vertragspartner als auch für Zulieferer, Darlehensgeber, Arbeitnehmer, Mieter oder Käufer. „Im Prinzip betrifft das Insolvenzrecht jeden, der sich am wirtschaftlichen Leben beteiligt“, schreibt Lill.

Insbesondere durch das Taschen-Format und die verständliche Sprache ist das Buch auch gut für Nicht-Juristen geeignet. „Das handliche Nachschlagewerk schafft eine einheitliche Grundlage für alle, die von dem Thema Insolvenz betroffen sind“, so Ulrich Wiehle, Chef des Cometic Verlag. > B5Z



Elke Lill, Rechtsratgeber Insolvenz, Cometic Verlag, 29,90 Euro.